



Sitzung Gemeinderat

am 25.02.2019

Beratungs- und Beschlussvorlage:

TOP: 11 –ö–: Antrag der SPD-Fraktion auf Verzicht von Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Stadt

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt:

- 1) Die Stadt verzichtet weiterhin auf den Einsatz von Glyphosat auf öffentlichen Flächen. Dies gilt auch für den Fall, dass Pflegemaßnahmen auf Dritte übertragen werden.
- 2) Beim Abschluss von neuen Pachtverträgen bzw. bei Verlängerung von bestehenden Pachtverträgen verpflichtet die Stadt ihre Pächter weiterhin auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten. Bei bestehenden Pachtverträgen wirkt die Stadt darauf hin, dass diese Pächter freiwillig auf den Einsatz von Glyphosat verzichten.

Finanzierung:

Haushaltsplan, Seite:

- Produktgruppe:

- Bezeichnung:

- Planansatz:

- Kosten lt. Kostenschätzung / -berechnung:

Keine überplanmäßigen Mittel notwendig

Überplanmäßige Mittel in Höhe von € notwendig!

Beschluss:

wie vorgeschlagen

einstimmig

Änderung:

Befangenheit:

abgelehnt

mehrheitlich

Freigabe Öffentlichkeit:

Ergebnis

Allgemein

Sachverhalt:

Auf den Antrag der SPD Fraktion vom 18.01.2019 wird verwiesen (siehe Anlage).

Glyphosat – auch unter dem Namen „Round-up“ bekannt – wird zur Unkrautbekämpfung verwendet. Eingesetzt wird es vor allem in der Landwirtschaft (hier insbesondere beim Ackerbau) aber auch im Gartenbau sowie nicht zuletzt auf öffentlichen Flächen (z.B. Straßenrandbereiche).

Die möglichen Gesundheitsgefahren sind im Antrag der SPD hinreichend beschrieben. Die Verwaltung hat deshalb bereits vor längerem wie folgt reagiert:

- 2017 wurde mit Zustimmung des Gemeinderats ein mobiles Heißdampfgerät zur Bekämpfung von Unkraut, insbesondere an Straßenrändern, beschafft. Dieses wird seither mit sichtbarem Erfolg sowohl in der Kernstadt als auch in den Teilorten eingesetzt, sodass seither auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet wird.
- Seit 2018 verpflichtet die Stadt ihre Pächter beim Abschluss von neuen Pachtverträgen auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten.

Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag begründet. Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Problematik ist es angemessen, das faktische Handeln der Verwaltung per Gemeinderatsbeschluss formal zu unterstützen und insoweit die Bedeutung dieser Vorbildfunktion zu unterstreichen.

Satz 2 des Beschlussvorschlags Ziff. 2 wird von der Verwaltung ergänzend vorgeschlagen.

Isny im Allgäu, den 06.02.2019

Claus Fehr
Fachbereich III

Anlage
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2019

ausgesprochen. Zudem haben die meisten Bau- und Gartenmarktunternehmen wie toom, OBI und Bauhaus Glyphosatprodukte aus ihren Sortimenten gestrichen. Viele Städte und Kommunen nehmen dieses Handeln zum Vorbild und haben inzwischen beschlossen gemäß dem Vorsorgeprinzip ihrer Mitverantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger und dem Schutz der Umwelt gerecht werden.

Bisher haben sich schon nahezu 500 Städte und Gemeinden in Deutschland entschieden, ihre Grünflächen ohne Pestizide ohne Glyphosat zu bewirtschaften.

Zwar ist die Auswirkung dieses Herbizids auf den Menschen höchst umstritten und die Diskussion der Fachleute bewegt sich zwischen „wahrscheinlich krebserregend“ und „wahrscheinlich nicht krebserregend“, aber das heißt im schlimmsten Fall eine hohe Gefährdung der Gesundheit oder mindestens eine bestehende Unsicherheit und Unwissenheit, ob der Stoff gesundheitlich unbedenklich ist.

In dieser Situation der unklaren wissenschaftlichen Beurteilung kann es doch nur verantwortungsvoll und vernünftig sein, auf Glyphosat zu verzichten.

Desweiteren wirkt sich dieses Gift auch negativ auf die biologische Vielfalt der Natur aus. Es tötet nicht nur sog. Unkräuter, sondern auch nützliche Beikräuter, die Nahrungsgrundlage für Vögel, Insekten und andere Wildtiere sind. Der auffällige Rückgang von Insekten und damit verbunden von bestimmten Vogelarten ist immer wieder Thema von sachverständigen Umweltorganisationen.

Wir beantragen nach §§ 34/35 der GemO in einer der beiden nächsten Gemeinderatssitzungen öffentlich zu beraten und Beschluss über den Antrag zu fassen.

Für die SPD-Fraktion



Edwin Stöckle
Fraktionsvorsitzender